

Avant

Zeitung des RSB / IV. Internationale

FOTO: SUICIDER, FLICKR.COM

**Gegen den
Leistungsdruck**

Mehr auf Seite 5

**Für finanzielle
Grundsicherung**

Mehr auf Seite 6

**Für Selbst-
bestimmung**

Seite 3



FOTO: BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN THÜRINGEN, FLICKR.COM



Gemeinsam

Bildungsgrenzen

einreißen

Lokale Aktionskomitees hatten sich gebildet und SchülerInnen demonstrierten gemeinsam mit Studierenden. Im Juni 2009 dann fand eine bundesweite Bildungsstreik-Woche statt, an deren dezentralem Aktionstag 273 000 SchülerInnen und Studierende demonstrierten. Mit symbolischen „Banküberfällen“ wurde eine Verbindung zur Krisenpolitik hergestellt. Im Herbst desselben Jahres wird hauptsächlich das Hochschulwesen von einer Welle der Besetzungen überrollt. Diese Welle folgte aber keinem bewussten Aufruf, sondern einer Hochschul-Besetzung in Wien. Denn in der Krise des Kapitalismus brodeln es überall in Europa.

Dialektik der Bewegung

Jedoch umfasste diese Welle der radikaleren Aktionen auch weniger Menschen. Den gleichen Prozess beobachten wir im Mai 2010 in Hessen. 10 000 DemonstrantInnen in Wiesbaden haben die zeitweilige Aussetzung der Unterzeichnung des „Hochschulpaktes“ erwirkt. Denn die Herrschenden sind inzwischen in Hab-Acht-Stellung. Als der Vertrag eine Woche später doch unterzeichnet wurde, machten sich einige Hundert in Marburg, Gießen und Frankfurt auf zu Spontan-Demos. In Marburg wurde für eine halbe Stunde die Stadtautobahn besetzt. Die Bewegung kennt nicht nur Aufs und Abs, sondern auch eine Dialektik von „harmlosen“ Massen- und kleineren radikalen Aktionen. Was das erste Moment nicht aufhalten kann, kann das letzte nicht rückgängig machen. Was wir brauchen, sind radikale Massen-Aktionen. Dafür gilt es, gezielt aktiv zu werden.

Ein Faktor des Widerstands

Die Bildungsstreik-Bewegung hat sich etabliert. Innerhalb weniger Jahre hat sich im sozialen Gefüge der BRD ein neuer Sektor außerparlamentarischer Kämpfe aufgetan. Welch ungewohnter Anblick auf deutschen Straßen: die jungen DemonstrantInnen sind selbstbewusst, ausgelassen, phantasievoll und kämpferisch. Gerade diese Merkmale sind im Auge der herrschenden Klasse ein unerklärliches Chaos. Ihre Reaktion deckt die ganze Bandbreite an Mitteln ab, um den Protest niedrig zu halten, zu integrieren, zu verwirren und zu zerschlagen, von „Verständnis“ über „Bologna-Konferenz“ bis zu Räumung, Einsperrung im Klassenraum und Polizeigewalt auf den Straßen.

Für den Blick des revolutionären Marxismus hingegen handelt es sich um eine neue Qualität im Klassen-Antagonismus, ein neuer Aggregatzustand im Molekularprozess der Revolution. Tausende Menschen sind in das



Vom Widerstand zur Selbs

22. Mai 2008: 8 000 SchülerInnen demonstrieren in Berlin gegen die Politik des „rot-roten“ Senats. Schon in den Jahren zuvor gingen regelmäßig einige Tausend Berliner SchülerInnen auf die Straße. Im November des gleichen Jahres waren es wieder 8 000 in Berlin – und 100 000 bundesweit. Der Windhauch war zum Sturm geworden.

Geschehen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen hineingezogen worden; sie engagieren sich vielleicht erstmalig, lernen Aktive aus anderen Städten kennen. Sie haben Hoffnungen und Fragen, sie suchen nach Antworten. Denn Leistungsdruck und Entfremdung sind offenbar an eine Grenze gestoßen. Ihr Überschreiten musste in sozialer Unruhe münden.

Spontaneität & Kontinuität

Die, die sich aktiv einsetzen, sind weitaus mehr als einige „Verrückte“ und doch viel weniger als die große Masse der Betroffenen. Doch wer kann heute eine Bewegung von Millionen ausschließen? Frankreich kennt schon heute solche Bewegungen. Der spontane Charakter der Bildungs-Proteste ist nicht zu leugnen. Mitglieder von Parteien, Gewerkschaften, linken und revolutionären Organisationen sind zwar an der Organisation beteiligt gewesen, jedoch war der Bildungsstreik nie eine Klientel-Veranstaltung von Organisationen, sondern im Wesentlichen massenhafte Selbsttätigkeit von Unorganisierten. Keine Organisation ist in der Lage, von allein solche Massenproteste herzubringen.



FOTO: MILESTONED, FLICKR.COM

Bestimmung

Wer für die Revolution ist, hegt kein Misstrauen gegenüber der Spontaneität der Massen. Der Bildungsstreik-Bewegung mangelt es aber zum großen Teil an Kontinuität. Während Menschen an ihren Arbeitsstellen einen Großteil ihres Lebens verbringen, erlangen SchülerInnen meist erst in den letzten ein, zwei Jahren ihres Schullebens ein kritisches Bewusstsein. Auch die Universitäten haben einen ständigen Durchlauf. Daher macht es für die meisten keinen Sinn, sich für nachhaltige Verbesserungen einzusetzen, die erst für spätere „Generationen“ wirksam werden. Außerdem geht ein großer Teil der im Kampf gesammelten Erfahrungen ständig verloren. Diesem Prozess müssen wir entgegen wirken.

Kontinuität und Zentralisierung

Die Protestbewegung hat bereits gezeigt, dass sie Hunderttausende erreichen kann, doch „Bildungsstreik“ ist nicht viel mehr als ein gemeinsames Label. Es gibt keine zentralisierte und demokratische bundesweite Struktur. Auf den bundesweiten Treffen diskutieren und entscheiden die, die zufällig in der Nähe

wohnen, die sich die Fahrt leisten können oder von ihrer Organisation bezahlen lassen, die Zeit haben. Hier wurde bislang meist bis zur völligen Erschöpfung der Mehrheit nach dem „Konsensprinzip“ bei fraktal verzweigten Tagesordnungen diskutiert. Fanatische Kleingruppen versuchten, ganze Bündnisse zu dominieren, während ein großer Teil der Unzufriedenen eine spontane „Linken-Feindlichkeit“ aufweist. Die Treffen versanken im Chaos und viele Aktive nach anfänglicher Euphorie in Frustration.

Die Wahl von lokal gewählten Aktiven in einen bundesweiten Bildungsstreik-Rat nach einem Delegiertenschlüssel wäre ein Anfang.

Denn das Vorhandensein eines Bildungsministeriums ist bereits Zentralisierung, mehr noch europaweite Absprachen wie das ganze Projekt „Bologna“. Lokaler „Unabhängigkeits“-Dünkel auf unserer Seite ist hiergegen nur ein Ausdruck von Ziellosigkeit. Eine europaweite Vernetzung der Proteste wäre im Gegenteil nötig. Informellen Hierarchien und Machtkonzentration muss mit allem Engagement entgegengewirkt werden.

Unsere Aufgaben

Die Bewegung kann heute zerfallen, stagnieren oder einen weiteren Aufschwung nehmen. Sie wird zerfallen, wenn wir nicht für Kontinuität und Bündelung der Kräfte sorgen. Wir brauchen eine theoretische Diskussion zwischen den Aktionen, die möglichst viele Aktive mit einschließt. Wir müssen die Erfahrungen, die wir heute machen, austauschen und konservieren, denn die Herrschenden werden ihre Lehren ziehen, wie sie es immer getan haben. Wir müssen ständig attraktiv auf neue und unerfahrene Menschen einwirken und sie zu Protesten ermuntern. Wir müssen in den lokalen Bildungsstreik-Runden einen permanenten Ausnahmezustand der Solidarität schaffen: Eine solidarische Diskussion,

in der auch Differenzen offengelegt werden, statt einem vorgeschobenen „Konsens“, der nie über das Heute hinauskommt.

Repression und Solidarität

Je niedriger die staatliche Ebene, je mehr Autorität der treue Staatsbeamte über sich hat, desto kleinlicher sein Denken, desto schamloser die Repression. Dass SchülerInnen während der Schulzeit in den Schulen eingesperrt werden, ist heute Alltag und wurde beim Bildungsstreik als gezielte Repressionsmaßnahme genutzt. Tausende wurden so am Streiken gehindert, teils durch direktes Einsperren in den Klassenräumen. Und so mancher Hochschul-Direktor bietet in Anbetracht eines besetzten Raumes einen „Dialog“ an, nur um nach Sondierung der Lage eine uniformierte Hundertschaft zu rufen, die seinem „Hausrecht“ mit Knüppeln und Tränengas Geltung verschafft. Unsere Aufgabe ist es daher immer auch, Solidarität gegen die staatliche Repression zu üben. Als revolutionäre MarxistInnen sind wir der Auffassung, dass staatliche Machtmittel nie einem abstrakten „Recht“ dienlich sind, sondern immer denen, deren gesellschaftliche Stellung mit Privilegien und Macht verbunden ist. Wie Ernst ▶



FOTO: SUGIDER, FLICKR.COM

Bloch sagte: „Das Auge des Gesetzes sitzt im Gesicht der herrschenden Klasse“.

Historische Tradition

Der bürgerliche Staat hat immer mit allen Mitteln an seinem Bildungssystem festgehalten. Gab es doch in der gesamten bürgerlichen Epoche in Deutschland keinen grundlegenden Neuanfang im Bildungssystem. Ursprung der betrieblichen Berufsausbildung ist das mittelalterliche Zunftwesen, Ursprung des Gymnasiums die Klosterschule. Und so ist das Bildungswesen stets eine Hochburg des Konservatismus gewesen. Wer heute in der BRD PolitikerIn, RichterIn, JournalistIn oder höhere BeamteR ist, also etwas zu sagen hat, kommt aus genau diesem Sumpf, weshalb das Bildungssystem nicht reformierbar ist. Wo etwa versucht wurde, eine Gesamtschule zu etablieren, blieb parallel das Gymnasium bestehen. Die Folge war eine noch stärkere soziale Barriere.

Institutionalisierte Entfremdung

Das Bildungssystem erfüllt eine gesellschaftliche Funktion. Damit aus einem Menschen einE „ordentlicheR“ StaatsbürgerIn – in ökonomischer, politischer und geistiger Hinsicht – wird, sind in etwa zehn Jahre Schule nötig.

In ökonomischer Hinsicht, d.h.: fremde Bedürfnisse aus dem Fernsehen als eigene zu akzeptieren, für äußere Anreize wie Geld alles zu tun bereit sein, „selbstständig“ für fremde Ziele arbeiten; sich selbst zum Mittel für Zwecke zu machen und sich dabei die ganze Zeit an anderen messen.

In politischer Hinsicht, d.h.: ein vorgegebenes System von Regeln und Hierarchien als naturgegeben anzuerkennen, sein Vertrauen an die Obrigkeit zu richten und alle vier Jahre eine Einverständniserklärung für die

Zukunftspläne der weisen Regierenden abzugeben.

In geistiger Hinsicht, d.h.: Sein Denken an Religion und lebensfremden Theorien ausrichten, in Gedichten die Adverbien und Adverbialen zu sehen, in Ländern die Rohstoffe und in der Physik die Zahlen; und das alles nicht nur zu sehen, sondern zu lieben.

Das mehrgliedrige Schulsystem gewöhnt hierbei an die spätere Rolle im sozialen Gefüge.

Mit einem Wort: Das Bildungssystem steht an der Schnittstelle zwischen den Bedürfnissen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und denen der Individuen. So lange diese Gesellschaftsordnung besteht, wird sich an der institutionalisierten Entfremdung

nichts wesentlich ändern. Wir wollen sie nicht verbessern, sondern überwinden: Das heißt Selbstbestimmung.

Das Projekt Bologna

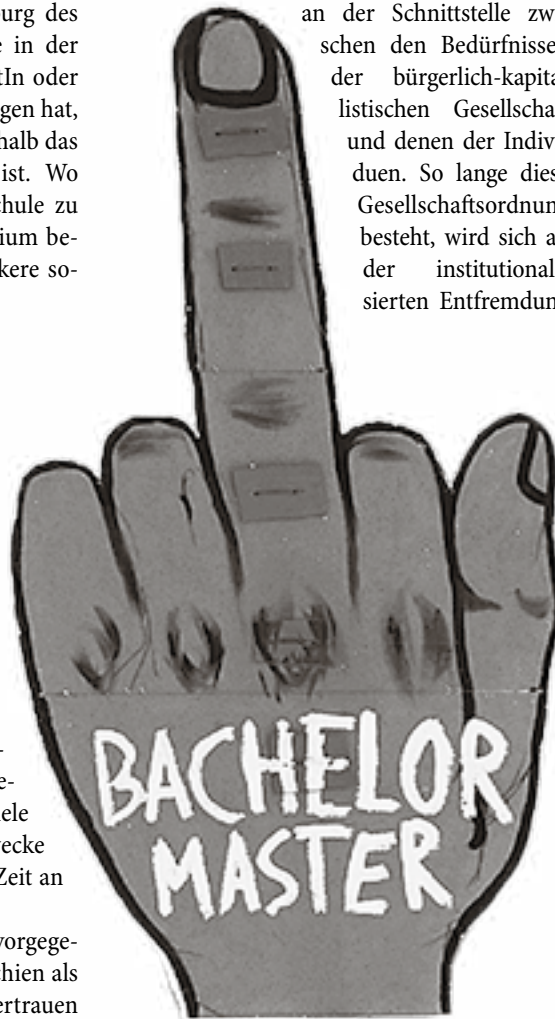
Der Bildungssektor erscheint dem Staat als ideellem Gesamtkapitalisten als eine notwendige Ausgabe um den Verwertungsprozess des Kapitals am Laufen zu halten. Diese Ausgabe ist aber nicht sofort rentabel, sondern erst nach vielen Jahren. Daher ist der Bildungssektor permanent unterfinanziert. Alltägliche Prekarität bei den DozentInnen, unzureichende Arbeitsschutzmittel im Labor, versteckte und offene Studiengebühren und wachsender Einfluss von Unternehmen sind die Folgen. Innerhalb dieses Widerspruchs siedelt sich das Projekt „Bologna“ an: Es geht darum, die Bildungsausgaben für das Kapital „vernünftig“ zu gestalten, d.h.: Anpassung der Inhalte an die Erfordernisse der Wirtschaft, Abwälzung der Kosten auf die Individuen, Verkürzung der Ausbildungsdauer auf das Minimum. Hieraus folgen Leistungsdruck und finanzielle Existenzängste unter Studierenden und SchülerInnen und ihren Familien.

Die herrschende Klasse ist dabei in der Bildungsfrage selbst gespalten, denn vom Standpunkt des langfristigen Standortnationalismus ist es tatsächlich unvorteilhaft, wenn etwa die Zahl der Studierenden, also der potentiellen zukünftigen FacharbeiterInnen, sinkt oder wenn an unterfinanzierten Schulen Potential vergeudet wird. Deswegen gibt es immer PolitikerInnen, die Bildungsproteste „verstehen“, ja sogar „begrüßen“, so lange sie friedlich, freundlich, diskussionsorientiert und klassenindifferent bleiben. Der institutionalisierte Politik-Betrieb von Parlamenten, Ausschüssen und runden Tischen sichert genau dieses notwendige Gleichgewicht zwischen den Fraktionen des Kapitals. Wir sehen uns daher nicht als Politik-BeraterInnen, sondern als KämpferInnen gegen diese Ordnung.

Unsere Forderungen

Diese Einschätzung des Bildungssystems und des Bildungsstreiks legen wir unseren Forderungen zu Grunde. Gleichzeitig wollen wir an die sinnliche Erfahrung der Betroffenen anknüpfen, statt über deren Köpfe hinweg zu reden. Denn zu viele sind bislang passiv. Wir setzen uns daher in erster Linie für folgende drei Forderungen ein:

- Gegen den enormen Leistungsdruck an Schulen und Hochschulen!
- Für eine finanzielle Grundsicherung für Studierende und SchülerInnen!
- Für wirkliche Selbstbestimmung im Lernen: Für ein Bildungssystem nach dem Räteprinzip! ■



Gegen den Leistungsdruck

Wie viele Wochenstunden sind eigentlich zumutbar? In der Arbeitswelt sind es derzeit 40. Auch über diese Zahl lässt sich streiten. In Anbetracht von Millionen von Arbeitslosen scheint sie entschieden zu hoch. Aber da diese Zahl nun einmal existiert, nehmen wir sie als Richtwert. Denn 40 Wochenstunden sind eine Zahl, von der Menschen in Ausbildung, egal ob SchülerIn, StudentIn oder Azubi oft nur träumen können.

Beginnen wir bei den SchülerInnen. In der Oberstufe verbringen diese im Durchschnitt 35 Wochenstunden in der Schule, hinzu kommen mindestens 10 Stunden für Hausaufgaben und Lernen. Damit ist bereits die Wochenstundenzahl überschritten, die einem voll ausgewachsenen, berufstätigen Menschen zumutbar ist.

Hinzu kommen Leistungs- und Konkurrenzdruck. Dies bleibt nicht ohne Folgen: 25% der SchülerInnen leiden unter Symptomen, die die Folge von Stress sind. Diese reichen von Kopfschmerzen und Schlafproblemen in ihrer milderen Form bis hin zu Depressionen und burn-outs.

Da sind auch SchulpsychologInnen nur ein Tropfen auf den heißen Stein, denn diese greifen dann ein, wenn das Problem bereits entstanden ist. Wer dieses Problem lösen will, sollte kein Ritalin verschreiben, sondern den Stress an den Schulen reduzieren. Dazu gehört vor allem, die sofortige Abschaffung des Turboabiturs. Aber auch darüber hinaus muss sich an den Schulen grundlegend etwas ändern. Im Angesicht der Masse an Inhalten, die vermittelt werden müssen, bleibt oft nur das pure Auswendiglernen, die ineffizienteste Methode überhaupt. Von auswendig gelerntem Wissen sind nach einem halben Jahr noch 20% vorhanden. Wer könnte noch die Klassenarbeiten vom letzten Jahr bestehen? Wir sagen stattdessen: Gemeinsames Lernen statt Konkurrenzdruck! Mehr Zeit und kleinere Klassen statt Turboabitur!

Und die Auszubildenden?

Wie viel Prozent der Azubis an Stresserscheinungen leiden, ist nie erhoben worden. Kein

Wunder - die Zahl könnte erschreckend hoch sein.

Auszubildende arbeiten in ihren Lehrbetrieben oft ohne arbeitsrechtlichen Schutz. Aus Angst um den Ausbildungsplatz müssen sie überlange Schichten machen, für ein oft lächerlich geringes Entgelt. Aus Angst, nicht übernommen zu werden, werden auch Sechzehn-Stunden-Schichten gearbeitet.

In der Job-Konkurrenz werden sie oft, wegen des geringeren Lohnes, gegen ausgebildete Fachkräfte eingesetzt und tragen so wider Willen zum Lohndumping bei.

Daher fordern wir: vollen Kündigungsschutz und Tariflöhne für Auszubildende!

Sofortige Verkürzung der Arbeitszeit bis genug Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, um jedeN zu übernehmen!

Darüber hinaus stellen wir die gleichen Forderungen an Berufsschulen, die wir auch an den allgemeinbildenden Schulen stellen: volle Ausfinanzierung, kleinere Klassen und kostenlose Lehrmittel.

„Arbeitsscheue Studierende“

Doch auch die Situation während des Studiums sieht alles andere als rosig aus: Um mit rapide gestiegenen Mieten und Studiene -

bühren in vielen Ländern zurechtzukommen, müssen die Studierenden arbeiten gehen - durchschnittlich 13,5 Stunden pro Woche, ein gutes Viertel bringt es auf mehr als 17 Stunden. Rechnet mensch die Studienzeit dazu, kommt für viele eine 44-Stunden-Woche zusammen - ohne jedoch die Zeit für Hausarbeiten, Klausurlernen und die tägliche Nachbereitung der Veranstaltungen mitzuzählen. Der Mythos des „arbeitsscheuen“ Studierenden sollte damit endgültig begraben sein.

Im Durchschnitt sinkt für jede gearbeitete Wochenstunde die Durchschnittsnote um eine Stelle hinterm Komma. Das auch hier Studierende aus sozial schwachen Familien stark benachteiligt werden, liegt auf der Hand. Deshalb fordern wir:

- Keine Zensuren
- Keine Kopfnoten
- Keine Credits





FOTO: SUICIDER, FLICKR.COM

Für finanzielle Grundsicherung!

Studiengebühren, Einschreibgebühren, Rückmeldegebühren, Verwaltungsgebühren, Kursgebühren. Dazu Kosten für Bücher, Kopien, Exkursionen, Fahrkarten, Krankenkasse. Für all das müssen Studierende aufkommen, zusätzlich zu den „normalen“ Kosten des Lebens, also z.B. Miete und Lebensmittel. Wer nicht von reicher Verwandtschaft leben kann und auch kein oder nicht genug BaföG bekommt, muss daher zusätzlich zum Vollzeit-Studium arbeiten.

Und mit Sicherheit ist jeder Job, den mensch als Studierender bekommen kann, eine Eintrittskarte in die Welt der prekären Beschäftigung.

Strukturelle Abhängigkeit

Mit notwendigen und unbezahlten Praktika in Laboren, Schulen und bei Zeitungen werden unzählige Menschen an den Rand der modernen Sklaverei gedrückt. Wer ein Berufsleben im Wissenschaftsbereich anstrebt, wird für Jahre, vielleicht für Jahrzehnte in extremer Prekarität (d.h. befristete Arbeitsverträge, sehr niedriges Entgelt, mangelnde Sozialversicherung) gefangen sein. Dies ist ein munterer Springquell der entfremdeten Bildung, der ideologischen Korruption und der absoluten Vereinzelung. Denn wessen Hauptziel es ist, möglichst schnell aus dieser Situation herauszukommen, wird sich kaum kritisch mit den Bildungs-Inhalten auseinandersetzen, wird seine Meinung dem (zu-

künftigen) Chef gegenüber für sich behalten und erst recht nicht dafür demonstrieren, noch länger studieren zu „dürfen“, d.h. länger in größter Abhängigkeit zu leben. Burschenschaften, Kirchen und andere autoritäre Vereine dürften allein in dieser strukturellen Notlage der Studierenden ihre materielle Existenzbedingung haben; können sie doch zumindest ein Dach über den Kopf und etwas wie „soziale Wärme“ bieten.

Keimzelle der Gesellschaft

Es gehört zu den ideologisch-moralischen Grundfesten der bürgerlichen Gesellschaft, dass junge Menschen ökonomisch abhängig von ihren Eltern sein müssen, von anderen Abhängigkeiten ganz zu schweigen. Dies gilt als naturgemäß, gottgegeben und ungeheuer romantisch. Wir haben nicht das geringste Interesse an der Aufrechterhaltung vormoderne Abhängigkeitsverhältnisse. Gleichzeitig ist es Eltern nicht zuzumuten, für die

Ausbildung ihrer Kinder aufzukommen, die ja ein gesellschaftliches Erfordernis ist. Daher fordern wir, dass jedem jungen Menschen, gleich ob SchülerIn, Azubi oder StudentIn, die materiellen Voraussetzungen für ein eigenes Leben gewährt werden, d.h. vor allem die Übernahme der Mietkosten.

Unsere finanziellen Forderungen

Wir fordern eine finanzielle Grundsicherung für alle jungen Menschen, und zwar leistungs- und eltern-unabhängig sowie unbefristet und rückzahlungsfrei. Die strukturelle Unterfinanziertheit des Bildungs- und Ausbildungssektors entspringt den Verwertungsbedingungen des Kapitals und gleichzeitig der Schwäche des Widerstands der Betroffenen. Die SchülerInnen, Auszubildenden und Studierenden tragen nicht die Verantwortung für diese gesellschaftlichen Verhältnisse und für die Liquiditätsprobleme des bürgerlichen Staates. Der Kapitalismus braucht uns, wir brauchen ihn nicht. Wir haben ein Recht auf ein Leben in Unabhängigkeit und materieller Sicherheit.

- Schluss mit allen Bildungs-Gebühren!
- Für eine finanzielle Grundsicherung, eltern- und leistungs-unabhängig & rückzahlungsfrei!
- Für das Recht auf eigene Wohnung für alle jungen Menschen! ■

Bildung im Sozialismus

Harte Strafen, vormilitärische Ausbildung, Staatsbürgerkunde: Das verbinden viele mit dem Bildungssystem des „real existierenden Sozialismus“. Wenn wir jedoch von Sozialismus sprechen, beziehen wir uns nicht auf diese Karikatur, sondern auf den ursprünglichen Marxschen Begriff von Sozialismus, dem „Verein freier Menschen“ (Kapital) oder der „menschlichen Gesellschaft“ (Ökonomisch-Philosophische Manuskripte).

Die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen sind in der sozialistischen Gesellschaft nicht länger entfremdet, von Sachzwängen bestimmt und hierarchisiert, sondern bewusst, an Bedürfnissen orientiert und selbstbestimmt. Dies gilt auch für das Verhältnis zwischen dem Menschen und seiner Lebenswelt im Allgemeinen. Hieraus ist leicht ersichtlich, was „Lernen“ im Sozialismus bedeutet.

Was?

Menschen hätten die Möglichkeit, ihrem Interesse, sich die Welt zu erklären, zu folgen. Sie würden das lernen, dessen sie bedürfen. Das erste Merkmal der Bildung im Kapitalismus wäre hiermit aufgehoben, das Lernen von normierten, meist uninteressanten, fremden Inhalten. Das heutige Bildungssystem zeichnet sich dadurch aus, dass junge Menschen nahezu alles, was für sie interessant ist, jenseits des offiziellen Lehrplans lernen müssen. Dies betrifft vor allem die Themen: Sexualität, Geschlechterrollen, Drogen und Psychologie.

Wie?

Für Lernprozesse stünde im Sozialismus genau die Zeit zur Verfügung, die ein Individuum für einen bestimmten Gegenstand braucht – ganz im Gegensatz zum Lernen im Kapitalismus.

Gleichzeitig wird damit die Arbeitsteilung zwischen SchülerIn und LehrerIn überflüssig. Anzunehmen ist, dass sich Menschen mit un-

terschiedlichen Voraussetzungen und Interessen zu Projektgruppen zusammenschließen, um sich gegenseitig zu helfen; denn, dass ein isolierter Mensch bei dem Versuch, sich die Welt zu erklären, nicht sehr weit kommen dürfte, ist offensichtlich.

Womit?

Die Bevölkerung wird im Sozialismus zu entscheiden haben, welcher Anteil am gesellschaftlichen Reichtum der Bildung zugute kommt. Konkret muss geplant werden: wie viel Zeit die Menschen neben der notwendigen Arbeit für Bildung übrig haben, wie viel an Ressourcen für Bücher, Laborausstattung, Räume usw. zur Verfügung gestellt wird und welcher Teil der eingesetzten Mittel zweckgebunden ist, also für die Forschung, technische Ausbildung und Verbesserung der materiellen Produktion benötigt wird. So lange es sich daher bei der Bildung um ein relativ knappes Gut handelt, müssen die Möglichkeiten demokratisch verwaltet und verteilt werden. In einem Räte-System, in dem jedem Menschen gleiches Stimmrecht zukommt, entscheiden gewählte, rechenschaftspflichtige und jederzeit absetzbare Delegierte. Für Berufs-Beamtentum und verselbstständigte Bürokratie ist da kein Platz mehr.

Der Sozialismus ist nicht an sich die „Lösung aller Probleme“; er stellt vielmehr die Probleme erst auf eine rationale, lösbare Grundlage. Erst die Teilhabe aller Individuen an der ökonomischen Planung und der gesellschaftlichen Entwicklung – frei von sog. „Sachzwängen“ – ermöglicht wirklich selbstbestimmtes Lernen. ■





FOTO: ALAIN BACHELLIER, FLICKR.COM

Revolutionäres Sommercamp in Perugia – und du bist eingeladen. Junge GenossInnen der IV. Internationale treffen sich jährlich in einem selbstverwalteten Sommercamp um sich auszutauschen, zu lernen und zu feiern.

In zahlreichen Ländern baut die IV. Internationale heute anti-kapitalistische Einheitsfronten auf und ist in den sozialen Kämpfen aktiv – auch in den Kämpfen der SchülerInnen und Studierenden.

Sie vertritt ein radikal demokratisches, radikal ökologisches und radikal feministisches Programm der sozialistischen Revolution auf der ganzen Erde. Dieses Jahr findet das Camp in Perugia/Italien statt. Es gibt Vorträge und Dutzende Workshops, u.a. zum Bildungsstreik, zu den Abhängigkeitsverhältnissen Ras-

se, Geschlecht und Klasse sowie zu Ökologie. Zusammen mit anderen linken Gruppen stellt der RSB auf diesem Camp eine Delegation.

Das ganze Programm, Infos zu Anmeldung und Anreise findest du auf:

- www.sommercamp.mobi,
- beim RSB in deiner Nähe oder
- via buer0@rsb4.de. ■

FOTO: NIKLAS PLESSING, FLICKR.COM



Was will der RSB?

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* ist Teil der IV. Internationale. Er ist in den außerparlamentarischen Kämpfen aktiv und strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an. Denn im Rahmen der kapitalistischen Eigentums- und Gesellschaftsordnung kann keines der grundlegenden Menschheitsprobleme gelöst werden: Hunger, Arbeitslosigkeit, Zerstörung des Ökosystems und rassistische Flächenbrände.

Eine grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft kann nicht über Parlamente stattfinden, sondern nur über die Selbsttätigkeit und Selbstverwaltung der ArbeiterInnen und Studierenden.

Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die Verteidigung der sozialen Errungenschaften und demokratischen Rechte und deren radikale Erweiterung einzutreten. ■



Mehr Infos unter www.rsb4.de

RSB Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale

